

Danziger Zeitung

Beitung

Nr. 17237.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh — Bestellungen werden in der Expedition, Reitshagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 Ma., durch die Post bezogen 5 Ma. — Inserate kosten für die sieben gesetzten gewöhnliche Tüchtigste oder deren Raum 20 Pf.
— Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 22. August. (W. L.) Der italienische Botschafter in Berlin, Graf Lanuza, ist in Folge einer Einladung des Fürsten Bismarck heute früh nach Friedrichsruh abgereist.

Berlin, 22. August. (Privatelegramm.) Eine gestern abgehaltene, zahlreich besuchte freisinnige Versammlung in der Tonhalle proklamierte nach einer Rede Richters einstimmig die Candidatur Knörke für den 6. Wahlkreis.

Der Reichskanzler äußerte gestern gegenüber einem Lüneburger Gymnastallehrer, er sei ein Anhänger der alten Tradition des Gymnasialwesens.

Nach dem „Hannov. Courier“ findet voraussichtlich eine Begegnung Crispis und Bennigjens statt.

Friedrichsruh, 22. August. (W. L.) Ministerpräsident Crispi traf hier gestern Abend $\frac{1}{4}$ Uhr mittels Extrajuges via Büchen-Lüneburg ein und wurde vom Reichskanzler und vom Grafen Ranck zu einem Empfangen. Fürst Bismarck geleitete Crispi am Arme zu dem bereitstehenden Wagen. Graf Ranck folgte mit der Begleitung Crispis.

Haag, 22. August. (W. L.) Das Befinden des Königs hat sich im allgemeinen etwas gebessert; das Fieber hat sich vermindert, der Husten jedoch noch nicht aufgehört.

Madrid, 22. August. (Privatelegramm.) Hier ist eine Militärverschwörung entdeckt worden. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen, darunter die des Chefs der königlichen Manege.

Petersburg, 22. Aug. (Privatelegramm.) Demnächst erfolgt die Entlassung des ältesten Jahrgangs der Mannschaften von 1884 und der Hälfte des Jahrgangs 1885, als Folge der abgekürzten aktiven Dienstzeit.

Washington, 22. August. (W. L.) Der Senat hat mit drei Stimmen Majorität die Ratification des amerikanisch-canadischen Fischereivertrages abgelehnt.

Politische Uebersicht.

Danzig, 22. August.

„Das fünfte Rad am Wagen.“

Die Discussion im Lager der Cartellparteien über die Taktik bei den bevorstehenden Wahlen ist heute wieder durch einige Beiträge bereichert worden. Das Hauptorgan der freiconservativen Partei, die „Post“, ergreift das Wort in einem „praktischen Wahlpolitik“ überschriebenen Artikel, in welchem sie den durch ein längeres Schweigen vorbereiteten Frontwechsel vollzieht. Es war am 5. Juli, als das freiconservative Organ sich gegen die Erneuerung des Cartells und insbesondere gegen die Extremconservativen wie folgt aussprach:

„Es ist daher die nicht bloß im eigenen, sondern vor allem im gemeinsamen Interesse der nationalen Parteien und ihres erfolgreichen Zusammenwirkens bei den nächsten Reichstagswahlen eine wichtige Aufgabe der nationalliberalen Partei, durch ihr politisches und wahltaisches Verhalten den Wiederanschluss dieser Elemente

(der früheren Secession) nicht zu hindern, sondern zu fördern. Dabei ist es unbedingt nothwendig, alles zu vermeiden, was auch nur den Schein einer Co-operation mit der „Kreuzzeitungs“-Partei erwecken könnte. Je entschlossener man im national-liberalen Lager ist, im Reichstage und bei den Reichstagswahlen mit den Conservativen zusammenzugehen, um so dringender ist es für die National-liberalen geboten, für die Landtagswahlen eine übrigens auch praktisch durchführbare Unterscheidung zwischen den gemäßigten und extremen Conservativen zu machen. Erwägungen dieser Art sprechen gegen die einfache Erneuerung des Wahlcartells von 1887, bis zu einem gewissen Grade selbst gegen allgemeine formelle Abmachungen überhaupt.“

Das hat sich nun alles geändert. Iwar die „Wiederangliederung“ der früheren Secessionisten an die nationalliberalen Partei will die „Post“ auch jetzt noch erlauben, natürlich unter der „selbstverständlichen Voraussetzung“, daß „dadurch keine Veränderung in der Richtung der Partei herbeigeführt werde“, die „quantitative Verstärkung“ der Partei sollte nicht „auf Kosten der Qualität“ geschehen. Aus Erkennbarkeit für die Überlassung der Secessionisten sollen nun aber die National-liberalen die Rechtsconservativen mit in den Aufnehmen. Die „Post“ führt nämlich aus:

„Aus dem nämlichen Grunde müssen wir uns aber auch gegen die Forderung des Ausschlusses der Extremconservativen aus der Gemeinschaft der nationalen Parteien erklären. Ohne Zweifel liegt in der „Kreuzzeitungs“- und „Reichsbote“-Gruppe das schwierige Hindernis für den Zusammenschluß der nationalen Parteien und ihr gutes Einvernehmen namentlich im Abgeordnetenhaus.“

Es folgt dann ein Hinweis auf den für die nächsten Reichstagswahlen nötigen „Zusammenschluß der nationalen Parteien“ und dann heißt es weiter:

„Häme daher lediglich das Abgeordnetenhaus in Betracht, und ließe sich dieses und die Wahl zu demselben isolirt behandeln, so würde die nationalliberale Presse mit der Forderung der Abtrennung der Clerical-Conservativen von der nationalen Gemeinschaft vom Standpunkt der Reichspolitik aus Recht haben. Aber eine so isolirte Behandlung ist praktisch unmöglich. Es ist schon an sich nicht wohl denkbar, Männer, welche im Reichstage als nützliche und nothwändige Mitglieder der nationalen Mehrheit anerkannt werden, im Abgeordnetenhaus aus der gleichen Mehrheit auszuschließen. Noch undenkbarer ist eine solche Sonderung bezüglich der Wählerchaft; man würde ernstlich Gefahr laufen, Theile der lehrer, deren Mitwirkung im nationalen Sinne es zum Erfolg bei den Reichstagswahlen bedarf, der Opposition zuzuführen oder wenigstens lähm zu legen. Die Abspaltung der Extrem-Conservativen ist daher zur Zeit eine vom Standpunkte der Reichspolitik unannehbare Parole.“

Um nun aber den Nationalliberalen diese bittere Kost des Zusammengehens mit den Extremconservativen ein wenig schmächer zu machen, wird dann als erstrebenswert das Ziel hingestellt, „den Einfluß dieser Richtung auf die conservative Gesamtpartei mehr und mehr zu schwächen und die Abgeordneten extreem-conservativer Richtung thunlichst durch andere Männer, welche dem dauernden Zusammenschluß der nationalen Parteien ausrichtig zugehören und im Abgeordnetenhaus demgemäß sich zu verhalten entschlossen sind, insbesondere durch Deutschconservative gemäßigter Richtung zu ersehen.“

Das klingt recht schön und gut. Wer aber sagt denn, daß die conservative Partei auch diese Ode parat und so versöhnt, wie es das freiconservative Organ vorschreibt? Die Conservativen sollen ihre „Extremen“ abschieben und durch „Gemäßigte“ ersetzen. Wir glauben, ihre erste

Bahnhof eingefunden. Die Menge bildete Spalier, und der Weg, den die Königin bis zu den bekränzten Waggons zurückzulegen hatte, war mit Laub und Blumen bestreut. Um 9 Uhr fuhren die Wagen vor, und als die hohe Frau unter den Klängen der Musik die von lauter lief ergriffenen Menschen gebildete Ehrenstraße betrat, da durchlief eine Erschütterung wie lautes Schluchzen die Umstehenden. Hundert Hände streckten sich zugleich nach der Königin aus, hunderte von Blumensträußen wurden ihr von allen Seiten geboten; Schritt vor Schritt nur konnte sie Abschied nehmend vornwärts kommen, weinende Kinder drängten sich immer wieder an sie heran, weinende Frauen küßten ihre Hände. Als die Königin die offene Plattform des Waggons erkliegen, umbrauste sie ein nicht endenwollender Hochruf, und unter den stürmischen Hochs setzte sich der Zug in Bewegung; bis er die erste Biegung erreichte und den Augen entwand, stand die Königin draußen und schwenkte sichtlich bewegt ihr Tuch gegen die Zurückbleibenden.

Die Königin begiebt sich zunächst auf einige Tage zum Besuch ihrer erlaudten Mutter, der Frau Gräfin von Wied, nach Neuwied am Rhein, um dann am 27. in Oberberg mit ihrem Gemahlin, dem von Gräfenberg kommenden Könige Carol zusammen zu treffen.

An den Seebade-Director Dr. Pollack ging heute die nachfolgende Depesche ein:

Monrepos (bei Neuwied), 20. August. „Tausend Grüße dem ganzen lieben Westerland, Altdern und Großen, und innigen Dank für den unvergesslichen Abschied! Auf Wiedersehen, so Gott will! Carmen Sylva.“

* Neue Kunstblätter.

Die „Vereinigung der Kunstsfreunde für die östlichen Publicationen der königlichen National-Galerie“, welche gegenwärtig etwa 2000 Mitglieder zählt, hat in letzter Zeit ihre Thätigkeit — die Vermehrung werthvoller Gemälde durch farbigen Lichtdruck — über die in ihrem Namen gezogene Grenze hinaus erweitert, indem sie auch Bilder anderer Sammlungen zur Reproduction

Antwort wird sein, daß sie sich jede Einmischung einer anderen Partei in ihre inneren Verhältnisse höchst, aber entschieden verbitten. Ob aber die Nationalliberalen von diesem von der „Post“ vorgetragenen Löder angelockt werden, bleibt abzuwarten.

Gleichzeitig mit der „Post“ bringt auch der rechts-nationalliberale „Hamburger Correspondent“ aus parlamentarischen Kreisen einen Artikel zu den bevorstehenden Landtagswahlen. Das Hamburger Blatt kommt zu einem anderen Resultat. Es erörtert die Tragweite der eventuellen Thatzache einer rein conservativen Mehrheit, an der bekanntlich nur noch wenige Stimmen fehlen, und folgert ganz richtig genau so, wie wir schon oft gehabt haben:

„Vom Standpunkt der nationalliberalen Partei würde ein solches Ergebnis natürlich nicht erwünscht sein, weil es die nationalliberale Partei der Eigenschaft eines zur Bildung einer nationalen Mehrheit nothwendigen Factors beraubt und damit ihren Einfluss wesentlich abschwächen würde.“

Auch dem Standpunkt der Reichspolitik, meint das Blatt ferner, „würde es nicht entsprechen, wenn die nationalliberale Fraktion, welche im Reichstage über zwei Fünftel der nationalen Mehrheit umfaßt, im Abgeordnetenhaus die Rolle eines fünften Rades am Wagen spielen sollte. Dies würde insbesondere auch für die künftigen Reichstagswahlen von überaus bedenklicher Wirkung sein.“

Was folgt nun aber daraus? Man sollte meinen, die Antwort wäre nicht schwer. Sie kann nur sein: Nichterneuerung des Cartells; Frontmachen gegen die Conservativen; denn hierin liegt allein die sichere Bürgschaft gegen die Wahl einer rein conservativen Mehrheit. Der „Hamb. Corr.“ erhält diese Antwort freilich nicht; er sucht sogar noch mancherlei Möglichkeiten heraus, unter denen die conservativen Alleinherrschaft doch noch kein Unheil sein könnte. Aber er kann doch nicht umhin, so sehr er auch dieser Eventualität gute Seiten abzugewinnen sucht, mit dem Ausdruck der Befürchtung zu schließen, „daß eine Verstärkung der conservativen Parteien bis zur Mehrheit im Abgeordnetenhaus sich zu einer ernsten Gefahr gestalten würde.“

Da nun aber die nationalliberalen Organe die selbstverständliche Schlufolgierung aus dieser Erkenntnis zu ziehen sich scheuen, ist es an den nationalliberalen Wählern, durch ihr Handeln zu zeigen, daß sie politisch zu denken wissen und ihre Partei nicht zum fünften Rad am Wagen werden lassen wollen.

Richters Rede in Elbing.

Die erste größere Rundgebung für den bevorstehenden Wahlkampf wird von den meisten Berliner Blättern theils in eigenen Berichten, theils in dem von uns gebrachten stenographischen Auszuge wiedergegeben und als programmativer Darlegung bezeichnet. Auf gouvernementaler Seite ist man natürlich schnell fertig mit Kritik und Verurtheilung. So bringt das „Deutsche Tageblatt“ aus der Rede einen kurzen, Haupthilfe gänzlich unberücksichtigt lassenden Auszug und meint, Richters Verhalten sei gänzlich „negativ“ gewesen:

„Weder der eine noch der andere (Richter auf der Tivolierversammlung in Berlin, Vergl. unten) sagt klipp und klar, was die freisinnige Partei in der nächsten Landtagsession zu erreichen sich vorgenommen habe.“

Nun hat Herr Richter in Elbing als Aufgaben des Landtages nach freisinniger Auffassung u. a.

gebracht hat, so z. B. Guido Reni's „Christus mit der Dornenkrone“ und Hofmann's „Jesusknabe im Tempel“ aus der Dresdener Galerie und Plockhorst's „Der Erzengel Michael kämpft mit dem Satan um den Leichnam Moiss“ aus dem Söller Museum. Auch die Originale der beiden neuesten Veröffentlichungen der „Vereinigung der Kunstsfreunde“, durch welche dieselbe sich ganz besondere Dank erworben hat, gehören nicht der National-Galerie, sondern dem Schlesischen Museum in Breslau an. Es sind die durch die Berliner Jubiläums-Ausstellung von 1886 in weiteren Kreisen bekannt gewordene treffliche Porträts des Kaisers Friedrich und seiner Gemahlin, der Kaiserin Victoria, von dem Wiener Maler H. v. Angeli. Beide Porträts in ganzer Figur gehören zu den besten und ähnlächtesten Bildnissen, die von dem hohen Paar vorhanden sind. Angeli versteht es vorzüglich, ohne alle falsche Idealisierung das Charakteristische und den geistigen Adel der darzustellenden Persönlichkeit zum sprechenden Ausdruck zu bringen. Davon zeugen auch diese Bildnisse. In fester, ruhiger Haltung steht Kaiser Friedrich, unbekleidet, hauptes, vor einer Schloßhalle. Er trägt die Uniform eines Obersten des schlesischen Dragoner-Regiments Nr. 8 mit den Generalsabzeichen, auf der Brust den Stern und Band des Schwarzen Adler-Ordens und andere Decorationen. In den edlen Jügen des Künstlers prägt sich neben männlicher Energie überlegene Ruhe und freundliches Wohlwollen aus. Das ist das getreue Abbild des Mannes, wie ihn seine Zeit gekannt und wie er in der Geschichte fortleben wird. Und auch aus den Jügen der Kaiserin Victoria, die äußerlich in festlichem Schmuck dargestellt ist, leuchtet die Intelligenz und das seelige Leben, welche die hohe Frau so sehr auszeichnen, klar und sprechend hervor.

Der Farben-Lichtdruck, welcher in dem Kunst-Institut von Otto Troitzsch hergestellt ist, zeigt alle die Vorzüge, die bei früheren Reproduktionen dieser Kunstanstalt von uns wiederholt hervorgehoben sind. Auch diesmal ist wieder die Wärme des Tons, die Zartheit der feinsten Mitteltöne, sowie die völlige Übereinstimmung in der Farbenwirkung mit den Originalen rührend anzu-

hingestellt: Ermäßigung der Steuern, Reform der Alten- und Einkommensteuer, des Einschätzungsverfahrens, der Abstufung, Quotierung, Erlass einer Landgemeindeordnung, feste Begrenzung der Polizeigewalt, Vereinfachung der Organisation der Behörden, Abschaffung des Dreiklassen-Wahlsystems, Reform der Jagdordnung, ein Schulgesetz — und das nennt das Cartellblatt alles „negativ“?

Dasselbe stellt in Aufficht, dem Abg. Richter noch in einem besonderen Artikel entgegentreten zu wollen. Nach der eben gekennzeichneten Leistung wird man nicht zweifelhaft sein können, wie diese Kritik ausfallen wird. Wenn doch das gouvernementale Organ die Rede Richters ordentlich lesen und seine Leser mit ihrem Inhalt besser bekannt machen wollte!

„Zweigleisige“ Geewege.

Der neueste Zusammenschluß zweier transatlantischer Dampfer hat zur Aufwerfung der Frage geführt, ob und was für Maßregeln befußt Erziehung größerer Sicherheit der oceanischen Verkehrsstraßen sich empfehlen könnten. In erster Linie steht hierbei der Vorschlag für die hin- und Rückfahrt trennende Geewege einzuführen, ähnlich wie der Betrieb auf zweigleisigen Eisenbahnen gehandhabt zu werden pflegt. Natürlich würde diese Maßregel praktischen Wert nur dann in Anspruch nehmen können, wenn alle großen oceanischen Dampfergesellschaften ihr im Prinzip beitreten und sich über die festzulegenden Geeverkehrswägen einigen.

Zu den Rechnungsergebnissen der Berufs-Genossenschaften.

Das Reichs-Versicherungsamt hat neuerdings die Tabellenformulare für die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften, welche bekanntlich auch alljährlich nach dem Unfallversicherungsgesetz dem Reichstage vorgelegt werden müssen, dahin abgeändert, daß neben der Zahl der durchschnittlich in den einzelnen Betrieben beschäftigten Arbeiter auch diejenige der Dollararbeiter, also die Effectivstärke der beschäftigten Personen, in die Erscheinung treten wird. Das neue Formular tritt erst für das Jahr 1888 in Kraft. Für das Jahr 1887 sind noch die alten Formulare zu benutzen. Die Frist zur Einreichung der Rechnungsergebnisse für das letztere Jahr läuft übrigens mit dem 15. September ab. Dann werden dieselben im Reichs-Versicherungsamt einer Bearbeitung unterzogen und demnächst dem Reichstage übergeben werden.

Die Arbeiten des deutschen Emin-Pascha-Comités werden, wie die „Nat.-Ztg.“ melden kann, mit allem Nachdruck beauftragen und machen erfreuliche Fortschritte. Das Interesse für das Unternehmen ist in allen Theilen Deutschlands vorhanden und die Bewegung für die Unterstützung unseres Landsmannes ist ersichtlich im Wachsen. Auch in den Hansestädten wird die Bedeutung der Sache erkannt. Von Hamburg aus trat die Zambierer Firma Wm. O'Gwalt u. Co. dem geschäftsführenden Comité bei. Neuerdings hat sich auch ein Bederf. Emin-Pascha, ein in Wesel activer Offizier, mit der Bitte, an der Rettung seines Verwandten mitwirken zu können, gemeldet. Auch von anderen Seiten laufen zahlreiche Meldungen um freiwillige Beihilfung ein. Die „Nat.-Ztg.“ glaubt schon heute constatiren zu können, daß das Gelingen der Unternehmung als gesichert betrachtet werden dürfe.

erkennen. Alles ist so harmonisch niedergegeben, daß es schwer ist, an eine nur mechanische Reproduction zu glauben. — Der Ladenpreis jedes dieser beiden Porträts, die einen trefflichen Zimmerschmuck abgeben, ist 30 Ma. Die Mitglieder der „Dereinigung“ erhalten jedes Blatt für den Betrag ihres Jahresbeitrages von 20 Ma.

Zum am 1. Oktober d. J. beginnenden neuen Vereinsjahre sollen zunächst erscheinen: Molte von Angeli und Bismarck von Lenbach, beide nach Gemälden, die sich ebenfalls im Besitze des schlesischen Museums zu Breslau befinden; ferner der „Raub der Helena“ von Deutsch, „Tannhäuser und Venus“ von Anille und Kaiser Wilhelm I. und Kaiser Wilhelm II., beide von Paul Becker. Das Deutscht'sche und das Anille'sche Gemälde sind Eigentum der Nationalgalerie.

Wir machen bei dieser Gelegenheit auf ein anderes farbiges Kunstdruck aufmerksam, das ebenfalls aus dem Kunstinstitut von Otto Troitzsch hervorgegangen und auch von diesem zu bezeichnen ist: „Kaiser Wilhelms letzte Unterschrift“. Man erinnert sich, daß Fürst Bismarck in der Reichstagsitzung vom 9. März d. J., als er die amtliche Runde von dem Hinscheiden des Kaisers Wilhelm I. machte, ein Aktenstück mit der letzten Unterschrift des Kaisers auf den Tisch des Hauses niedergelegt, gleichsam eine amtliche Beglaubigung der bis zum letzten Atemzug andauernden Pflichttreue des Monarchen. Diesen letzten Regierungsauftrag hat der Maler zum Vorwurf seines Bildes gemacht. Der sterbende Kaiser hat sich unterstellt von dem Kammerdiener Engel, ein wenig von seinem Lager erhoben und unterschreibt das Papier, das ihm der Reichskanzler hingibt. Zu den Tugenden des Bettels stehen die behandelnden Aertze, Professor Leuthold und Dr. Niemann. Der Ausdruck der tiefen Ergriffenheit ist in den Jügen des Reichskanzlers wie auch in den Jügen der anderen drei Zeugen dieses Vorganges sehr gelungen. Auch die Ausführung des Farbendruckes verdient volle Anerkennung.

Slaven-Congreß.

In dem in Wien in deutscher Sprache erscheinenden Pan Slavistenorgane: „Der Parlamentär“, dessen Redakteur bekanntlich der in letzter Zeit vielgenannte Dr. Karl Jinni ist, wird der Vorschlag gemacht, aus Anlaß der 40jährigen Jubelfeier der Regierung des Kaisers Franz Joseph I. einen allgemeinen Slaven-Congreß nach Prag einzuberufen, und zwar als Fortsetzung des prager Slaven-Congresses von 1848. Infolge der gegenwärtigen slavischen Erfahrungen und Zersplitterung und infolge des einträchtigen, nationalen Vergehens des deutschen Volkstums sei eine solche allgemeine Versammlung nothwendig und zeitgemäß.“ Die in Agram in Mähren in ungarischer Sprache herausgegebenen „Aromerische Noviny“ erörtern dieses Project, das zwar äußerst sympathisch sei, erklären aber, daß die Divergierung augenblicklich sich nicht bewerkstelligen lasse. Dahingegen empfehlen die „Aromerische Noviny“ einen Congreß der österreichischen Slaven. Der gleichen Ansicht ist das Laibacher Slovenenblatt „Slovenski Svet“.

Eine Rundgebung Carnots.

Die Sitzungen der französischen Generalräthe sind einer telegraphischen Nachricht aus Paris zufolge gestern eröffnet worden. Der Präsident Carnot hat gestern Vormittag eine Deputation der Generalräthe des Seine- und Marne-Departements empfangen, welche ihm eine Adresse überreichte. Carnot dankte derselben für diesen Schritt, in welchem er einen energischen Protest gegen die Umtriebe sehe, welche dahin gerichtet sei, das Land zu zerstören, das so sehr der Ruhe und Einigung bedürfe. Die Regierung sei fest entschlossen, den Institutionen des Landes Achtung zu verschaffen.

Unter den gegenwärtigen Umständen, wo der Boulanger-Lärm wieder das Land durchstößt, werden diese entschiedenen Worte des Oberhauptes der Republik um so größere Beachtung finden.

Stambulow und Fürst Ferdinand.

Der Konstantinopeler Correspondent der „Times“ meldet unterm 18. d.: „Die Pforte ist aus St. Petersburg benachrichtigt worden, daß die Gebrüder Stambulow habe Neigung gezeigt, sich betreffs Bulgarien zu russischen Ansichten zu bekehren, jeder Begründung entbehren. Es wird hinzugefügt, daß die russische Regierung dem Fürsten Lobanow niemals Instructionen über diesen Gegenstand ertheilt habe, und daß Russland nicht geneigt sei, mit der jetzigen Regierung von Bulgarien zu einem Compromiß zu gelangen. Diese Meldungen sind bereits seit einigen Tagen im Umlauf, und in letzterer Beziehung scheint vollständige Übereinstimmung auf beiden Seiten zu herrschen, denn es ist augenscheinlich, daß gegenwärtig in keinen Kreisen Bulgarien irgend welche Neigung vorhanden ist, die präventionen Russlands auf einen dominirenden Einfluß auf innere Angelegenheiten zugelassen, und Fürst Ferdinand befindet sich in zu fester Stellung und erfreut sich der Unterstüzung aller wohlgesinnten Leute, um seine Befreiung zu fürchten, ausgenommen durch Anwendung äußerer Gewalt und einflussreichen europäischen Zwang zur Unterdrückung des nationalen Willens des bulgarischen Volkes. In einer jüngsten Unterredung versicherte Stambulow emphatisch sein vollständiges Einvernehmen mit dem Fürsten und drückte die Ansicht aus, daß das Land jetzt stark genug sei, selbst mit einem Ministerwechsel seine Rechte zu wahren.“

Ueber die Ausdehnung des deutschen Geschäfts in Chile.

macht der englische Consul in Valparaiso, Mr. Newman, Mitteilungen, denen wir die Thatache entnehmen, daß der Wettbewerb unserer Landsleute im Handel nach und von Chile den Engländern schon ungemein empfindlich geworden ist und für die Zukunft noch empfindlicher zu werden verspricht. Der Bericht des Herrn Newman kehrt als einem der Hauptgründe für die Stärke der deutschen Geschäftsstellung die vergleichsweise Billigkeit des Beuges aus und nach deutschen Hafenplätzen hervor. Hinsichtlich des Frachtwerts stellt Mr. Newman Liverpool und London den kostspieligsten Plätzen Europas zur Seite. Die Verschiffung einer Ladung Salpeter, eines Stapelproducts von Chile, kostet nach deutschen Häfen den festen Satz von 4 Shilling das Ton, nach London oder Liverpool aber, wohin keine festen Sätze beständen, komme das Ton mindestens 5 Shilling, könne auch auf 6 steigen, ungerne die Abhöge für verdorbene und zerstörte Säcke, Verluste an Salpeter u. s. w., welche in fremden Häfen nicht gemacht würden. Deutlicherweise werde ein ausgedehnter Handel mit den ärmeren Bevölkerungsklassen Chiles in entsprechend wohlfühlenden und geringwertigen Manufacturwaren betrieben. Deutsche hätten die Amerikaner aus dem früher von letzteren monopolisierten Nähmaschinenmarkt beinahe gänzlich verdrängt. Löffergeschirr wird ebenfalls massenhaft aus Deutschland nach Chile eingeführt. Niemand behauptet, daß es etwas anderes als Ausschlußware sei, aber sie sei sauber gearbeitet, von ausgezeichnete Form und hübsch gefärbt, und so erhalte sie bei billiger Preisstellung den Vorzug vor dem englischen Staffordshire-Artikel. Gleich vielen seiner Collegen erkennt auch Mr. Newman einen der Gründe für die deutsche Überlegenheit in der Bewilligung größerer Credits an die Kunden. Ferner gebe es in Chile mehr kleine deutsche Firmen, als englische. Junge deutsche Kaufleute erhielten in Hamburg, sowie bei den fremden Geschäftsfirmen Chiles einen kleinen Credit und eröffneten daraufhin ein geschäftliches Unternehmen. Natürlich hätten nicht alle Erfolg, aber doch immerhin ein Theil, und so dehne sich der Einfluß des deutschen Handels immer weiter aus.

Spanische Rechtszustände und die Lage des Ministeriums.

Wie s. J. mitgetheilt ist, wurde am Morgen des 2. Juli d. J. die Marquise Varela, eine alte, sehr alte Dame in ihrer Wohnung ermordet vorgefunden. Der erste Verdacht wendete sich auf ihr Dienstmädchen, die auch das Verbrechen eingestand. Es stellte sich doch zugleich heraus, daß der Mord von ihr allein nicht ausgeführt sein konnte, und nun richtete sich der Verdacht auf den Sohn der Ermordeten, einen Taugenichts, der zwar gerade eine längere Gefängnisstrafe wegen verschiedener Verbrechen abzufüllen, aber während derselben von verschiedenen Personen außerhalb des Gefängnisses wiederholt auf der Strafe gesessen war. Endlich machte dann ein Unterkommandant des Gefängnisses die Angabe, daß

der junge Varela in der That oft mit Bewilligung des Gefängnisdirectors ausgegangen sei, auch in der That die Nacht des 1. Juli außerhalb des Gefängnisses zugebracht habe. Er gab auch an, nach der Rückkehr des halb befreuschten Varela ein Gespräch desselben mit zwei Mitgefängnissen angehört zu haben, in welchem diese von der begangenen That gesprochen haben. Daß die Aufklärung des Verbrechens diesen Fortgang nahm, ist aber nicht das Verdienst des Untersuchungsgerichtes, sondern lediglich das der Madrider Presse. Gegen 50 Zeugen hatten sich vereinigt, um die Urheber des Verbrechens ausfindig zu machen. Schließlich wurde nun auch der Gefängnisdirector in Haft genommen. Inzwischen war aber allgemeines Misstrauen gegen das Richterpersonal entstanden. Da sah der Bund der Madrider Presse den Beschluß, die Verfolgung der Angelegenheit zu ihrer eigenen Sache zu machen. Das spanische Gesetz gestattet nämlich jedem Bürger, sich vor Gericht an der Verfolgung eines Verbrechens zu beteiligen, einen Rechtsanwalt zu bestellen und durch diesen den Prozeß zu führen, sobald er glaubt, daß Staatsanwalt und Richter nicht entschieden genug vorgehen oder Parteilichkeiten sich haben zu Schulden kommen lassen. Auf diese gesetzlichen Rechte gestützt, beschloß eine Versammlung der Madrider Presse am 8. d. Mts., an der selbst die Leiter einiger ministerieller Organe teilnahmen, als Kläger in dem Prozeß aufzutreten und die sehr bedeutende Bürgschaft, welche vorerst von dem Besitzer des Blattes „Republico“ vorgestreckt wird, durch Sammlungen zu decken. Zur Führung des Prozeßes wurde der conservative Exminister Francisco Silvela, einer der hervorragendsten Rechts-Lehrten Spaniens, erwählt, oder, falls derselbe ablehnen sollte, der Expräsident Galmeron. — Es lädt sich begreifen, daß die so erzeugte hochgradige Aufregung von den politischen Leidenschaften benutzt wird, um der Regierung Schwierigkeiten und Gefahren zu bereiten. Silvela hat bereits in einer in Malaga gehaltenen Rede das Signal zu einem allgemeinen Angriffe gegen das Cabinet Sagasta gegeben, und seine Anschuldigungen finden in der erregten Stimmung der öffentlichen Meinung einen nur bereitwilligen Boden. Dazu kommt, daß das Ministerium in seinem Innern selber vollständig zertrümmert ist. Die Demokraten und die zum Conservatismus hinzugetretenen Centralisten liegen in beständiger Feindschaft; dem Verlangen Morets, Sagasta soll die Cortes schließen und dann auflösen, setzt Vea de Armijo seine Drohung entgegen, alsdann durch seinen Austritt aus dem Cabinet eine Ministerkrise herbeizuführen zu wollen. Tatsächlich ist die Autorität der Regierung schon bedenklich ins Schwanken gerathen; ihre Decrete bleiben in den Provinzen häufig unbeachtet, die Provinzial-Deputationen und die städtischen Behörden versagen den Gehorsam, und im Publikum herrscht, neben dem Misstrauen, das durch den Madrider Prozeß angeregt ist, vielfach eine tiefe Verstimmung wegen der Maßregeln für die Nachversteuerung des Alkohols. Die Lage ist augenscheinlich eine sehr ernste geworden und droht mit politischen Überraschungen, deren Tragweite nicht zu übersehen ist.

Deutschland.

* Berlin, 21. August. Die Kaiserin unternahm gestern bei schönem Wetter eine erste, wenn auch nur kurze Spazierfahrt in den Anlagen des Neuen Gartens, welche derselben recht gut bekommen ist.

* [Oberbürgermeister v. Forchenbeck] ist in Berlin wieder eingetroffen.

* [Aus einer Rede Richters.] Der Wahlverein der freisinnigen Partei im 2. Berliner Wahlkreise hielt am Montag Abend ein Sommerfest auf Tivoli ab, wobei der Abg. Richter eine Ansprache hielt, in welcher er u. a. nach der „Frei. Zeitung“ lagte:

Wir sind eine monarchische Partei und haben dies auch bewiesen jenem todeswunden Fürsten gegenüber, als viele ihn und seine eile Gemahlin in Wort und Schrift verbürgt haben aus jenen Kreisen, die sonst vorgaben, die Loyalität gepachtet zu haben, eine Loyalität freilich, die nur so lange Forte hält, als sie in einer Zukunft des Herrschers die eigene persönliche Zukunft gewährleistet erachtet (Lebhafter Beifall). Wir sind aber keine Partei, die abhängt in ihrem Kern, ihrem Wesen und ihren Zielen von der Fürsten Gnade, ihrem Gefallen oder Missfallen (Beifall), denn nicht um äußerer Ehren und Vortheile, sondern nur um der eigenen Überzeugung willen vertreten wir die Grundsätze, welche wir als beste für das Heil des Volkes erachten. Gäbe es eine solche Partei wie die freisinnige noch nicht, so müßte sie jetzt begründet werden. In Perioden, wo einzelne durch eigene Bedeutung und gesellschaftliche Ereignisse hervorgehobene Personen bestimmend auf das Staatsleben einwirken, mögen Kurzschlüsse die Bedeutung eines selbständigen politischen Parteiwesens unterschätzen. Aber die letzten Monate haben uns vor Augen geführt, wie vergänglich die einzelnen und wie ewig und dauernd allein nur das Volk in seiner Gesamtheit Kaiser Wilhelm ist geschieden, Kaiser Friedrich ist ihm gefolgt. Moltke ist zurückgetreten, und wenn der letzte jener Führer im deutschen Einigungswerk seine Zeit erfüllt hat, der Reichskanzler wird er nach Eigenart seiner Person und Stellung einen Nachfolger überhaupt nicht haben (Zustimmung). — Wir sind eine monarchische Partei, aber auch eine constitutionelle, weil wir das Zusätzliche und Unvollkommen, was allen Einzelwesen anhaftet, ergänzen wollen durch Einrichtungen, welche in der Volksvertretung Garantien schaffen für eine zeitgemäße Fortentwicklung des Staatswesens, die ein Einzelwollen dauernd niemals gewähren kann. Redner hältbert die Bedeutung des politischen Parteiwesens und Parteikampfes für das öffentliche Leben. Aber dieser Wettkampf der Parteien um das Beste des Landes kann seinen Zweck nur erfüllen, wenn die Wahl frei ist und nicht eine Probe auf die Staatsmacht, welche die jeweilige Regierung repräsentiert (Zustimmung). Darum sind alle auf richtig Constitutionelle Kaiser Friedrich noch im Grabe zum Dank verpflichtet für sein Eintreten für die Wahlfreiheit des Volkes, für die Errichtung des Ministers, in dem sich das System der Wahlbeeinflussung personalisiert. (Sturmischer Beifall.) Kaiser Friedrich war kein Parteikaiser, alle standen seinem Herzen gleich nahe. Aber den Stolz lassen wir freisinnigen uns nicht nehmen, daß unsere Anklagen im Parlament es waren, die der Vereinigte als ein treffendes Wort zur rechten Zeit erkannte (Sturmischer Beifall), und daß, als Herr v. Puttkamer sich in seiner Rechtfertigungschrift durch Anklagen gegen die freisinnige Partei zu vertheidigen suchte, Kaiser Friedrich gerade aus dem Minister dieser Anklagen entnahm, daß der Minister nicht gewillt war, allen Parteien in des Monarchen Sinn gleich gerecht zu werden. — Diejenigen freilich, welche sich mit dem durch Kaiser Friedrich geächteten System getroffen fühlten, möchten darum, wie die Kundgebungen dieser Presse bis in die letzten Wochen hinein daran ihn noch im Grabe herabwürdigten und verächtigten, als ob des Kaisers echt kaiserliche Entschließungen durch fremde ungerechtfertigte Beeinflussungen hervorgerufen seien. (Punkt) Selbst das Unglück der kaiserlichen

Wittwe ist dieser Sorte nicht heilig. Mancherlei Machenschaften, offen und versteckt, sind hervorgetreten, als ob man die edle Frau fortzögern wolle aus Deutschland, aus der Mitte des Volkes, dessen Dankbarkeit nicht erlöschen kann für alles, was sie in Liebe und Treue ihrem Gemahl, des Volkes Lebling, gewesen. (Lebhafte Auseinandersetzungen des Unwillens.)

Redner führt sodann aus, wie des Kaiser Friedrichs Pflichttreue ein Vorbild sein müsse im großen und kleinen für das politische Leben, und wie diese Pflichttreue sich auch zu bethalten habe bei den bevorstehenden Landtagswahlen. Vordringlicher als je suchen Conservative und Orthodoxe, Antisemiten, Junker und Mucker, selbst Fürst Bismarck noch nicht conservativ und orthodox genug erscheint (Heiterkeit), sich geltend zu machen, gleichsam als ob sie nun ihr Reich für gekommen erachten.

* [Der Abg. Langerhans] hat am Sonntag das Unglück gehabt, sich den linken Fuß zu brechen. Seine Freunde hoffen auf einen schnellen und guten Verlauf des Heilungsprozesses, damit Dr. Langerhans seinem verdienstlichen Wirken im Parlament und in der Stadtverordneten-Versammlung nicht entzogen werde.

* [Ein neuer Anspruch der Kirche.] Das Consistorium für die Mark Brandenburg hat neuerdings, wie die „Doss. Ztg.“ berichtet, an den Berliner Magistrat die Aufforderung gelangen lassen, in Zukunft bei der Mittelteilung über den Ausfall der Wahlen von Geistlichen an Kirchen städtischen Patronats ein genaues Protokoll einzutragen, aus welchem zu erkennen wäre, wer von den Stadträthen bei den betreffenden Wahlhandlungen mitgewirkt hätte. Bissher wurde dem Consistorium einfach die Stimmenzahl mitgetheilt, mit welcher der betreffende Geistliche gewählt wurde. Der Magistrat ist jedoch nicht gewillt, diesem Ansinnen des Consistoriums so ohne weiteres nachzukommen, und wird den Beschwerdeweg beschreiben. Das Consistorium beruft sich für sein Vorgehen auf eine landrechtliche Bestimmung. Die Angelegenheit dürfte in weiteren Kreisen lebhaftes Interesse erregen, denn es ist leicht zu errathen, welche Absicht das Consistorium bei dieser anscheinend harmlosen Aufforderung an den Berliner Magistrat geleitet hat. Schon vor einer ganzen Anzahl von Jahren hat dieselbe Angelegenheit diesen Magistrat beschäftigt. Damals erklärte ein nicht evangelisches Mitglied derselben, als es sich um die Wahl eines Geistlichen handelte, daß er naturgemäß sich vorbehaltlich der Wahlung der zustehenden Rechte, der Abstimmung enthalte. Und so ist auch unseres Wissens die Praxis in allen ähnlichen Fällen unverändert geblieben.

* [Die Verpflichtungen der Stadthauptkasse Berlins] stellten sich Ende März 1888 auf 190 600 000 Mk.; sie bestehen in den Obligationsschulden im Betrage von 165 990 000 Mk., in den 4½ prozentigen Anteilen vom Reichsinvalidenfonds zur Erwerbung und Erweiterung der Berliner Wasserwerke im Betrage von 243 100 000 Mark und in den Aufgelderresten für das zum Neubau des Rathauses erworrene Grundstück, früher Königstraße 16/17, im Betrage von 300 000 Mk. An dieser Schuld sind beteiligt die Gasanstalten mit 23 316 204 Mk., die Wasserwerke mit 35 916 000 Mk., die Canalisation mit 70 749 985 Mk., Viehhof und Schlachthaus mit 11 651 198 Mk., die Markthallen mit 15 453 283 Mark, so daß also als eigentliche Räummereischuld nur 43 512 730 Mk. verbleiben.

* [Unschuldig verurtheilt.] Ein Gerichtsfall, wie er am 18. August in Hamburg im Wieder-aufnahmeverfahren zur Verhandlung kam, mahnt daran, wie vorsichtig man die Auslagen von Kindern als Zeugen aufnehmen muß. Ein Stein-kohlenhändler Lucht war im Februar auf die alleinige Aussage eines 12-jährigen Mädchens hin wegen eines Gittervergehens zu einem Jahre Gefängnis verurtheilt worden. Die Frau des Verurtheilten gab sich die erdenklichste Mühe, die Unschuld ihres Mannes nachzuweisen, und es stellte sich dann auch durch die Mithilfe des Hauptlehrers an der betreffenden Mädchenschule fest, daß dieses Kind wiederholt der Lüge in der Schule schuldig gemacht hatte. In der Gerichtsverhandlung bestreitet das Kind sogar dem Lehrer gegenüber in dreier Weise, daß es vor Jahresfrist wegen unanständiger Bemerkungen, die es in einem Schreibheft gemacht hatte, vor der ganzen Schule hart getadelte sei. Es erfolgte hierauf die Freisprechung des Verurtheilten, der aber bereits 6 Monate seiner unrecht erhaltenen Strafe abgebüßt hatte.

* [Flurschäden bei den Herbstmanövern.] Seitens der Landratsämter sind neuerdings die Gemeinde- bzw. Gutsbezirksvorstände mit Weisung bezüglich der durch die Herbstmanöver etwa entstehenden Flurschäden und deren Entschädigung versehen. Sobald feststeht, daß ein Gemeinde- oder ein Gut-bezirk von den Truppenübungen berührt wird, hat der Gemeinde- bzw. der Gutsbezirksvorstand solches rechtzeitig vor dem Anfang der Übungen in der Gemeinde bekannt zu machen und festzustellen, welche Grundstücke noch mit wertvolleren Früchten bestanden sind. Diese Grundstücke, sowie auch junge Schonungen, namentlich junge Fortsämlungen, sind durch Girokarte deutlich erkennbar zu machen. Außerdem sind die Besitzer und Nutznießer der Grundstücke anzuweisen, an den Manövertagen die Koppeln und das Vieh wenigstens am Vormittage in den Ställen zu halten.

Der Gemeinde- und Gutsbezirksvorstand hat zu gleich mit der vorstehend erwähnten Bekanntmachung die Aufforderung zu erlassen, Flurschäden, welche bei den Truppenübungen etwa entstehen sollten, sobald wie möglich und spätestens am dritten Tage nach beendigtem Manöver bei dem Gemeinde- oder Gutsbezirksvorstand sammt den Entschädigungsforderungen anzumelden. Bis zum 15. September sollen sämtliche Flurschäden angedeutet sein.

* [Aus dem Reichstagswahlkreise Ansbach-Schwabach] kommt die erfreuliche Kunde, daß die deutschfreisinnige Partei Ursache hat, der bevorstehenden Reichswahl mit der größten Zuversicht entgegenzusehen. Plädiert doch sogar ein Einsender in der national-liberalen „Frank. Ztg.“ für die Kandidatur Leidig. Unter diesen Umständen ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der deutschfreisinnige Kandidat schon im ersten Wahlgange siegt.

Breslau, 20. August. Die nächste Hauptversammlung des hier tagenden Vereins deutscher Ingenieure wird in Karlsruhe stattfinden.

Hamburg, 20. August. Zur Feierlichkeit des Zollanschlusses hat der Senat bekanntlich an den Kaiser wie an den Reichskanzler Einladungen ergehen lassen mit dem Erthusen, dem im Handels- und Wirtschaftsleben Hamburgs hervorragenden Akte persönlich bewohnen zu wollen. Eine Antwort ist bisher nicht eingegangen, weil das Reiseprogramm des Kaisers für den Monat Oktober

noch nicht definitiv festgestellt ist. Erst wenn der Tag des Zollanschlusses hierach defitiv festgesetzt werden kann, gedenkt der Senat auch die Minister, die Mitglieder des Bundesrates und des Reichstages zu der Feier einzuladen, welche Herren bekanntlich auch im Sommer v. J. die Zollanschluszbauten in Augenschein nahmen, als sie von der Grundsteinlegung zum Nordostsee-Canal zurückkehrten. — Den Weihacht gedenkt man äußerlich in der Weise zu vollziehen, daß an der frequensten Stelle, zwischen Zollstadt und Freihafen, bei der Brookthorstraße oder bei St. Annen, vor dem pomposen Gebäude der Inlands-Zollabfertigungsstelle ein Schlafstein eingelassen wird, welcher die sämtlichen Verhandlungen zwischen Reich, Senat und Bürgerschaft, die Zeichnungen und Astenanschläge, die Streitschriften etc. in sich aufnehmen würde. In dem kürzlich genehmigten Zollat ist bereits eine Summe für diese Feierlichkeit vorgesehen.

England.

London, 21. August. Der Abgeordnete Henry Richard, seit 1848 Sekretär der „London Peace Society“, ist heute gestorben. (M. T.)

Von der Marine.

u Riel, 20. August. Das Schulgeschwader, bestehend aus den Kreuzerfregatten „Stein“, „Moltke“, „Gneisenau“ und „Prinz Adalbert“, welches gegenwärtig in der Eckernförder Bucht übt, trifft hier nächsten Donnerstag ein, um Aholen überzunehmen. Als dann verbleibt das Geschwader in der heiligen Förde, um bei der Rückkehr des Panzergeschwaders aus der Danziger Bucht an den Hauptfestungs-Arießübungen vor Riel Theil zu nehmen. Obwohl über die diesem Manöver zu Grunde liegende Idee bisher nichts bestimmtes verlautete, ist aus den Mitteilungen und Vorbereitungen doch zu ersehen, daß das Panzergeschwader einen Landungsversuch bemüht und, zurückgeschlagen, einen Massenangriff auf die Festungsweke ausführen soll. Das Schulgeschwader hat mit einigen anderen Fahrzeugen als Defensivflotte die Aufgabe, die Hafeneinfahrt zu verteidigen. Das Gebataillon und die Matrosenartillerie werden zur Belebung der verschiedenen Forts auf beiden Ufern herangezogen.

Am 23. Aug. 5.45. u. 7.11. Danzig, 22. Aug. 5.45. u. 7.11. Danzig, 23. Aug. 5.45. u. 7.11. Danzig, 24. Aug. 5.45. u. 7.11. Danzig, 25. Aug. 5.45. u. 7.11. Danzig, 26. Aug. 5.45. u. 7.11. Danzig, 27. Aug. 5.45. u. 7.11. Danzig, 28. Aug. 5.45. u. 7.11. Danzig, 29. Aug. 5.45. u. 7.11. Danzig, 30. Aug. 5.45. u. 7.11. Danzig, 31. Aug. 5.45. u. 7.11. Danzig, 32. Aug. 5.45. u. 7.11. Danzig, 33. Aug. 5.45. u. 7.11. Danzig, 34. Aug. 5.45. u. 7.11. Danzig, 35. Aug. 5.45. u. 7.11. Danzig, 36. Aug. 5.45. u. 7.11. Danzig, 37. Aug. 5.45. u. 7.11. Danzig, 38. Aug. 5.45. u. 7.11. Danzig, 39. Aug. 5.45. u. 7.11. Danzig, 40. Aug. 5.45. u. 7.11. Danzig, 41. Aug. 5.45. u. 7.11. Danzig, 42. Aug. 5.45. u. 7.11. Danzig, 43. Aug. 5.45. u. 7.11. Danzig, 44. Aug. 5.45. u. 7.

Berliner Fondsbörse vom 21. August.

Die Veröffentlichung der Gemetralbilanz der österreichischen Creditanstalt hatte im Wiener Abendverkehr anfänglich haushaltende Bewegung hervorgerufen, die aber bald wieder stärkerem Angebot und damit einer schwächeren Tendenz das Feld räumte. Die übrigen auswärtigen Blüte ließen in ihrer ziemlich fröhlichen Haltung keinerlei Anregung zu größerer Tätigkeit erkennen. Unsere Börse eröffnete in Folge dessen, sowie in Rückicht auf die Nachrichten aus Frankreich, da ferner auch die näheren Daten über den Abschluß der Creditanstalt eine gewisse Verlirrung erzeugten, in lusthaftem und matterem Aussehen. Das Angebot war in fast sämtlichen Zweigen des Verkehrs ein ziemlich umfangreiches und dringendes und schädigte den Coursstand, weil die Kauflust eine ungewöhnliche Zurück-

haltung bewahrte. Erst als dieselbe etwas mehr hervortrat, machte sich unter wiederholten, aber an und für sich unbedeutenden Schwankungen eine leichte Besserung in geschäftlicher und tendenzieller Beziehung bemerkbar. Inländische Eisenbahnen lagen sehr still und schwach. Ausländische Eisenbahnen zeigten zeitweise lebhafte Belebung. Montanwerke in ziemlich starker Haltung, aber nahezu geschäftsfrei. Andere Industriepapiere bei im ganzen ruhiger Geschäftsgang wiesen durch Realisationen gebreit. Fremde Fonds nach mattem Beginn auf Besserung ruhiger Valuta bestätigt. Preußische und deutsche Fonds, Pfand- und Rentenbriefe etc. fest, still. Der Privatdiscont wurde mit 1½ % notiert. Ultimogel mit ca. 3½ % gegeben.

Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anleihe	4	108,90
do. do.	3½	103,90
Königliche Anleihe	4	107,40
do. do.	3½	104,90
Staats-Schuldscheine	2½	101,75
Preuß. Bron.-Oblig.	4	103,75
Westpr. Bron.-Oblig.	4	103,75
Brandt. Centr.-Pfdbr.	3½	103,40
Preuß. Pfandbriefe	3½	101,60
Pommersche Pfandbr.	3½	102,40
do. do.	4	102,10
Posenische neue Pfdbr.	4	103,00
do. do.	3½	102,00
Westpreuß. Pfandbriefe	3½	101,70
do. neue Pfandbr.	3½	101,70
Romm. Rentenbriefe	4	105,60
Bremische do.	4	105,40
Preußische do.	4	105,50

Russ. 3. Orient-Anleihe

do. Staatl. 5. Anleihe	5	60,30
do. do.	5	61,40
Russ.-Poln. Schat.-Obl.	4	90,90
Poln. Liquidat.-Pfdbr.	4	88,20
Italienische Rente	5	54,40
Humanitäre Anleihe	3	97,00
do. fundierte Anl.	5	106,40
do. amort. do.	5	102,00
Türk. Anleihe von 1886	1	94,20
Serbische Pfdbr.	5	84,60
do. Rente	5	82,40
do. neue Rente	5	83,20

Hypothechen-Pfandbriefe.

Danm. Hypoth.-Pfandbr.	5	—
do. do.	3½	97,30
Pfdbr. Gründl.-Pfdbr.	4	103,00
Weininger Hyp.-Pfdbr.	4	102,50
Nordb. Gründl.-Pfdbr.	4	102,50
Polnisch.-Pfdbr.	2 u. 4 Em.	104,00
do. do.	2 Em.	101,70
Pr. Bob.-Cred.-Act.-Bk.	4½	95,00
Pr. Central.-Bod.-Cred.	4	112,90
Marienb.-Münch.-Gt.	71,50	100,00
do. do. Gt. Dr.	112,80	5
Aachen-Maastricht	56,10	17½
Berl.-Dresd.	104,70	—
Mainz-Ludwigsbachen	76,00	—
Görlitz	82,60	—
Görlitz	87,20	—
do. do. Gold.-Dr.	103,50	—
Brest-Grajewo	89,00	—
Charkow-Kiew	95,75	—
do. do. Gt. Dr.	116,40	—
Nordhausen-Erfurt	103,10	—
do. do. Gt. Dr.	120,80	5
do. do. do.	102,80	—
do. do. do.	105,60	—
do. do. do.	109,50	—
do. do. do.	105,60	—
do. do. do.	90,25	2

Lotterie-Anleihen.

Bad. Präm.-Anl. 1887	4	140,00
Bayer. Präm.-Anl. 1887	4	140,00
Braunsch. Pr.-Anleihe	—	100,00
Defferr. Pr. 1887	3½	107,90
Harburg. Stift.-Loote	3	146,25
Höhn-Dimb. Pr. G.	3½	137,00
Leipziger Präm.-Anleihe	4	134,00
do. Cred. v. 1858	4	314,75
do. Loote von 1880	5	118,40
do. do.	292,10	—
Oldenburger Loote	3	137,90
Pr. Präm.-Anleihe 1855	3½	153,00
Raad-Straß. 1802. Loote	5	99,90
Raad-Straß. 1802. Loote	5	165,25
Raad-Straß. 1802. Loote	5	153,60
Raad-Straß. 1802. Loote	5	164,75
Wartshau-Wien	15	15

Bank- und Industrie-Aktionen. 1887

Gallier	87,70	4
Gothaer Bahn	132,40	5
Kronpr.-Kub.-Bahn	79,90	4½
Lüttich-Limburg	19,50	—
Defferr. Pr. Gt.	109,50	3½
do. Nordwestbahn	68,90	4
do. Lit. B.	82,50	3½
Reichen.-Pardub.	—	3,81
Russ. Staatsbahnen	123,00	—
do. Bank	170,50	3
do. Eisenb. v. W.	124,75	7
do. Reichsbank	149,50	2,20
do. Hypoth.-Bank	111,00	5½
Disconto-Command.	221,10	10
Gothaer Grundr.-Bk.	75,30	—
Hamb. Commerz.-Bank	—	6
Hannoversche Bank	113,50	5
Königsb. Vereins-Bank	114,50	6
Leipziger Com.-Bank	116,80	5
Magdebg. Privat-Bank	117,00	3½
Meiningen Hypoth.-Bk.	101,10	—
Norddeutsche Bank	169,00	8½
Defferr. Credit-Anstalt	163,50	8,12
Bonn. Hyp.-Act.-Bank	38,30	—
Preuß. Provinz.-Bank	119,90	6
do. Boden-Credit	139,75	3½
Pr. Centr.-Boden-Cred.	99,00	4
Gothaer Bankverein	123,50	6
do. Bod. Credit-Bk.	146,60	6½
Daniger Dölmühle	148,50	12
do. Prioritäts-Akt.	133,50	10
Aktionen der Colonia	—	65
Leipziger Feuer-Versich.	160,80	80
Bauverein Passlage	77,75	3
Deutsche Baugesellschaft	95,50	3½
A. B. Omnibusgesell.	171,50	9½
Gr. Berlin. Überbeh.-Fabrik	268,50	12
Berlin. Danziger Fabrik	106,10	—

Wilhelmshütte. Oberschle. Eisenb.-B.

Oberschle. Eisenb.-B.	102,00	—
Berg- und Hüttengeellschaften.	Div. 1887.	—
Dortm. Union-Bab.	124,70	—
Königs- u. Laurahütte	41,90	1/2
Görlberg, Zink	—	—
do. St. Dr.	118,25	—
Victoria-Hütte	—	—

Wechsel-Cours vom 21. August.

Amsterdam	8 I.	2½	169,20
London	2 Mon.	3	20,46
Paris	3 Mon.	3	20,35
Brüssel	8 I.	2½	80,70
Wien	2 Mon.	3	80,60
Petersburg	3 Mon.	5	196,90
Marischau	8 I.	4	199,40
Discont der Reichsbank	3 %.	—	—

Sorten.

Hukaten	—	—	—
Oppereigns	—	—	—
20-Francs-Gt.	—	—	16,225
Imperials per 500 Gr.	—	—	—
Dollar	—	—	—
Englische Banknoten	—	—	20,46
Frankfurtsche Banknoten	—	—	80,85
Deutsche Banknoten	—	—	166,00
Ungarische Banknoten	—	—	—
Österreichsche Banknoten	—	—	—
Ungarische Banknoten	—	—	199,90

Danzig — Putzig.

Vom 1. September d. J. ab fährt Dampfer „Putzig“, Capitain Egert:

Montag und Donnerstag, Mittags 1½ Uhr, von Danzig.
Mittwoch und Sonnabend, Morgens 7 Uhr, von Putzig.
„Weichsel“ Danziger Dampfschiffahrt und
Seebad-Aktionen-Gesellschaft.

Emil Berenz. (9697)

<tbl_header